

21. Februar 2014/bsb21

Jugendliche provozieren an einigen Schulen mit religiösem Extremismus

Schulbehörde setzt auf klare Regeln und Information

Schulen aus dem Raum Billstedt und Umgebung berichten in letzter Zeit häufiger davon, dass einzelne Jugendliche in Schule und Unterricht mit islamistisch-extremistischem Verhalten auffallen und provozieren. Manchmal fordern auch Erziehungsberechtigte oder Verwandte von Schülern energisch für sich oder ihre Kinder Sonderrechte an der Schule. Die Aktivitäten gehen offenbar von islamistischen Extremisten außerhalb der Schule aus. Schulsenator Ties Rabe: „Es handelt sich zwar nur um Einzelfälle, wir nehmen sie jedoch ernst. Hamburgs Schulen sind zu Recht stolz darauf, Schülerinnen und Schüler aus vielen Kulturkreisen friedlich zusammenzuführen. Fast die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler hat Migrationshintergrund – mehr als in jedem anderen Bundesland. Mit klaren Regeln für das Zusammenleben garantieren Hamburgs Schulen, dass sich Kinder und Jugendliche frei von Ängsten und Zwängen entwickeln können. Das wird auch so bleiben.“

Islamistischer Extremismus ist nach Auskunft vieler Schulen zurzeit offensichtlich begrenzt auf den Hamburger Osten im Raum Billstedt und Mümmelmannsberg sowie die nähere Umgebung. Schulleitungen berichten vor allem davon, dass hier einzelne Jugendliche in Unterricht und Schule mit islamistisch-extremistischem Verhalten provozieren. Sie beschimpfen Mitschüler aufgrund deren Kleidung oder Verhalten, sie fordern für sich energisch bestimmte Sonderrechte wie Gebetsräume und Unterrichtsfreistellungen ein, sie verlangen in Unterricht und Schule ein Ende der Gleichberechtigung und eine Unterordnung von Mitschülerinnen, sie provozieren mit radikal-islamistischen Aussagen und durch demonstrative Gebete auf dem Schulhof. Besonders viele Auseinandersetzungen gibt es um die Kleidung, um den Sport- und Schwimmunterricht, um Gebetsmöglichkeiten an der Schule und um den Unterricht in weltanschaulichen Fächern.

Nicht selten stehen auch die Eltern dem Treiben ihrer Kinder hilflos gegenüber. Es sind offensichtlich islamistische Extremisten, die außerhalb der Schule in einigen Stadtteilen gezielt Jugendliche in der Pubertät ansprechen und werben. Eine bestimmte Gruppe männlicher Jugendlicher ist für deren Botschaften besonders anfällig. Die Jugendlichen stammen meist aus schwierigen familiären und sozialen Lagen und suchen Orientierung, Werte und Halt sowie eine eigene Identität und eine Abgrenzung von Familie und sozialer

Umgebung. In einigen Fällen geht es auch darum, dem eigenen, oft gewalt- und kriminalitätsbelasteten Lebensweg eine neue Richtung zu geben.

An Hamburgs Schulen gibt es klare Regeln für das Zusammenleben und den gemeinsamen Unterricht. Dennoch sind Lehrkräfte nicht selten überfordert angesichts endloser und provozierender Diskussionen mit ihren Schülerinnen und Schülern. Sie sind verunsichert, wenn Schülerinnen und Schüler mit angelerntem juristischem Halbwissen über Religionsfreiheit argumentieren. Oft fehlt jüngeren Lehrkräften die Erfahrung im Umgang mit den ungewöhnlichen und fremden Verhaltensweisen und Meinungen. Vor allem aber sind die täglichen Auseinandersetzungen eine erhebliche Herausforderung für die Lehrkräfte.

Fachleute aus dem Landesinstitut für Lehrerbildung der Hamburger Schulbehörde (LI) beobachten die Szene seit einigen Jahren und stimmen sich regelmäßig mit dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sowie der Polizei ab. Nach Gesprächen des LI mit Schulleitungen und Vertretern des Bezirksamts Mitte hat Schulsenator Ties Rabe bereits im November 2013 Vorschläge für ein gezieltes Vorgehen an den betroffenen Schulen entwickeln lassen.

Senator Rabe: „Friedliches Lernen braucht klare Regeln und souveräne Lehrkräfte:

- Eine Regel ist: Alle Schülerinnen und Schüler nehmen ausnahmslos an Unterricht und Klassenfahrten teil. Religiös begründetes Fernbleiben vom Unterricht ist schlicht Schulschwänzen und wird geahndet.
- Eine zweite Regel ist: Kein Mitschüler wird wegen seines Geschlechts, seiner Hautfarbe und Herkunft oder seines Glauben diskriminiert, bedrängt oder gemobbt.
- Und eine dritte Regel: Egal welche Kleidung man trägt – das Gesicht bleibt frei. Ich freue mich sehr darüber, dass Vertreter der muslimischen Glaubensgemeinschaften die Schulbehörde im Kampf gegen den islamistischen Extremismus unterstützen. Auf der Grundlage der neuen Staatsverträge haben wir im Bereich der Schule die hervorragende Zusammenarbeit mit allen Glaubensgemeinschaften intensiviert. “

Eine Broschüre des Landesinstituts für Lehrerbildung der Hamburger Schulbehörde (LI) fasst diese Regeln übersichtlich und verständlich zusammen. Die neue (dritte) Auflage wurde vor Weihnachten an alle Schulen verschickt. Die entsprechende Elternbroschüre wird ebenfalls neu aufgelegt und wird in sieben Sprachen erscheinen.

Schulsenator Ties Rabe: „Unterricht und Erziehung von Kindern und Jugendlichen sind eine anstrengende Sache. Wir unterstützen deshalb die Lehrkräfte mit rechtlicher und fachlicher Beratung. Experten des Landesinstituts befragen seit Jahresanfang Schulleitungen nach ihren Erfahrungen und bieten Beratung und Unterstützung vor Ort an. Vor Lehrerkonferenzen halten sie Vorträge über die Gesetzeslage, die Regeln und die Pflichten und Rechte der Schule. Die Schulen haben genug Möglichkeiten, für ein friedliches Miteinander auf dem Schulgelände zu sorgen. Darüber klären wir zurzeit auf. Die Schulbehörde arbeitet zudem eng mit anderen Behörden und Ämtern zusammen, um einen Beitrag dafür zu leisten, die außerhalb der Schulen liegenden Ursachen der Probleme zu bekämpfen.“

Weiterführende Informationen

Broschüre: „Vielfalt in der Schule: Informationen für Eltern“

<http://li.hamburg.de/contentblob/4142432/data/pdf-vielfalt-in-der-schule-handbuch-fuer-eltern-deutsch.pdf>

Broschüre „Vielfalt in der Schule - Informationen für Lehrkräfte“

<http://li.hamburg.de/contentblob/2819048/data/pdf-vielfalt-in-der-schule-handbuch-fuer-lehrkraefte.pdf>

Beratungsstelle Gewaltprävention

<http://www.hamburg.de/gewaltpraevention>

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb